

«In der Pflegeausbildung lernt man, was man in der Politik braucht»

Nicht nur auf nationaler, sondern auch auf Kantons- und Gemeindeebene kann man Pflegepolitik machen – und dabei einiges bewegen. Die Sektionspräsidentinnen Barbara Dätwyler Weber (SG TG AI AR), Renate Rutishauser (GR) und Manuela Kocher Hirt vom Zentralvorstand erzählen über ihre politischen Erfahrungen und rufen zum Mitreden auf.

Text: Martina Camenzind

Bei allen drei führte der Weg in die Politik auch über das Engagement für die Pflege. Renate Rutishauser war als Pflegefachfrau in der Psychiatrie mit sozialen Nöten konfrontiert und «wie man Menschen Steine in den Weg legte, anstatt diese aus dem Weg zu räumen» und trat in die SP ein. Barbara Dätwyler, die nach ihrer Ausbildung im Lindenhof in Bern in den Kanton Thurgau auswanderte, war zuerst in der Regionalkommission Thurgau der Sektion aktiv. Auslöser war dannzumal die Privatisierung der Thurgauer Spitäler, was die Ausarbeitung eines GAV notwendig machte. So kam sie in den Vorstand der Sektion, und übernahm schliesslich das Amt der Präsidentin. Seit 2016 ist sie Gemeinderätin in Frauenfeld, im Februar dieses

Jahres wurde sie in die Exekutive, den Stadtrat, gewählt. Und sie sitzt im Kantonsrat. «Ich kam über mein berufspolitisches Engagement in die Politik.» Auch Manuela Kocher wurde durch den Beruf politisch geprägt. Am Spitalzentrum Biel, wo sie arbeitete, gab es zwei Sparrunden, dann wurde das Lohnsystem umgebaut – zum Nachteil der Pflegenden. Manuela Kocher beteiligte sich an Aktionen, zu denen auch Streiks gehörten, kam ins Gespräch mit Vertreterinnen des SBK Bern, wurde zuerst Delegierte, dann Vorstandsmitglied und übernahm schliesslich als Angestellte den Bereich Sozialpartnerschaft in der Sektion. Nach ihrem Umzug in die Gemeinde Worben im Berner Seeland wurde sie Mitglied der Sozialkommission,

seit 2012 ist sie Gemeinderätin. 2018 wurde sie in den Berner Grossen Rat gewählt. Die Bündnerin Renate Rutishauser schaffte die Wahl in den Grossrat im Juni 2018, nachdem sie zuvor bereits Grossrats-Stellvertreterin gewesen war.

Wichtige Kantonspolitik

Zwar bietet die nationale Politik mehr Scheinwerferlicht, für den Gesundheitsbereich sind die Kantone aber extrem wichtig, denn das Gesundheitswesen ist kantonal geregelt. Umso wichtiger ist es, dass sich Pflegefachpersonen hier Gehör verschaffen, sprich für die Kantonsparlamente kandidieren. «Im Thurgau sind wir zwar keine starke Lobby», sagt Barbara Dätwyler, «aber wenn wir uns auf kantonaler Ebene nicht einsetzen, wird einfach über uns bestimmt.» Manuela Kocher ist zudem überzeugt, dass die Kantone nach der Einführung des neuen Finanzausgleichs sogar noch wichtiger wurden: «Der Bund macht nur noch die Vorgaben, die Umsetzung geschieht in den Kantonen.» Nicht überall ist es aber möglich, Einfluss zu nehmen. Wenn etwa der Spitalbereich privatisiert ist, können die Arbeitsbedingungen dort nur über Gesamtarbeitsverträge beeinflusst werden. «Einflussmöglichkeiten gibt es hingegen bei der Verteilung der Finanzen, zum Beispiel in den Bereichen Pflegeheime, Spitex, Freiberufliche, Ausbildung usw. Das darf man nicht unterschätzen», erklärt Barbara Dätwyler.

Da aber wie erwähnt die Kantone nationale Vorgaben umsetzen müssen, ist die Pflegeinitiative auch für die kan-

Barbara Dätwyler, Renate Rutishauser und Manuela Kocher machen Pflegepolitik in den Kantonsparlamenten von Thurgau, Graubünden und Bern.



tonale Gesundheitspolitik von grosser Bedeutung, was auch Renate Rutishauser betont. Denn so kann die Umsetzung von den Kantonsparlamenten eingefordert werden.

Nicht unterschätzen: Gemeinden

Aber auch die Gemeindeebene darf aus der pflegepolitischen Perspektive keineswegs unterschätzt werden. Umso mehr, als sich hier einiges bewegen lässt. Manuela Kocher etwa betreute als Gemeinderätin in Worben das Ressort Soziales und erarbeitete in dieser Funktion ein Altersleitbild. Die Möglichkeiten, in den Gemeinden Massnahmen durchzubringen, die für die Pflege und die Gesundheitsversorgung einen Nutzen bringen, sind breit: Stellt die Gemeinde zum Beispiel Mittel zur Verfügung für Entlastungsangebote für pflegende Angehörige? Gibt es ein Demenzkonzept? Einen Mahlzeitendienst? Oder denkt eine Gemeinde im Hinblick auf die Pensionierung des einzelnen Hausarztes über ein interprofessionelles Gesundheitszentrum nach, wo Pflegefachpersonen ihre Kompetenzen einbringen und nutzen können?

Das Rüstzeug ist da

Solche Aspekte beeinflussen unter Umständen sehr direkt die Bedingungen, in denen Pflegende arbeiten – und vor allem auch die Lebensqualität der Bevölkerung. Umso wichtiger ist es also, sich auf Gemeindeebene politisch zu engagieren und mitzubestimmen. Dabei haben die Pflegefachpersonen einen grossen Vorteil: «Ich behaupte, dass wir in der Ausbildung vieles gelernt haben, was es braucht, um Politik zu machen», sagt Barbara Dätwyler. «Wir sind offen, können mit ganz unterschiedlichen Menschen kommunizieren, mit anderen zusammenarbeiten – das sind Basics der Pflege, die es auch in der Politik braucht.» Und Manuela Kocher ergänzt: «Vernetztes Denken, Situationen schnell analysieren, Lösungen finden – das hilft in der Politik extrem. Politik ist Vernetzungsarbeit. Und das ist ja auch in der Pflege so...» Renate Rutishauser stimmt zu, relativiert aber auch: «Ich verstehe nicht wirklich viel von Finanzen und bin da sehr gefordert.» Auch gewisse Strukturen und Abläufe musste sie sich zuerst erarbeiten.



Polit-Jahr 2019

Im Herbst 2019 finden nationale Wahlen statt. Zudem befindet sich die Pflegeinitiative in der heissen parlamentarischen Phase. Die Rubrik «unter der Kuppel» beleuchtet deshalb in jeder Ausgabe ein für die Pflege relevantes politisches Thema.

Indirekter Gegenvorschlag in der Vernehmlassung

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SGK-N) hat ihren Gegenvorschlag Anfang Mai fertig ausgearbeitet. Bis zum 14. August befindet er sich in der Vernehmlassung. Der SBK wird eine Musterstellungnahme verfassen und seinen Partnerorganisationen zur Verfügung stellen. Interessiert? Bitte melden Sie sich bei info@sbk-asi.ch.

Link zum Gegenvorschlag auf [parlament.ch](https://tinyurl.com/pflegeinitiative-gv): <https://tinyurl.com/pflegeinitiative-gv>

Gemeinde- und KantonspolitikerInnen: Bitte melden!

Während des Gesprächs, das die Grundlage für den nebenstehenden Artikel bildet, kam die Idee auf, aktive PflegepolitikerInnen – oder solche, die es werden wollen – besser untereinander zu vernetzen. So können Erfahrungen ausgetauscht und Synergien genutzt werden, zum Beispiel um von der bereits geleisteten Arbeit zu profitieren. Nicht zuletzt wäre dies hilfreich bei der Mobilisierung für die Pflegeinitiative. Politisch aktive Pflegefachmänner und Pflegefachfrauen schreiben ein Mail mit Name, Adresse und Telefon an regiopol@sbk-asi.ch

Aktuelle Informationen zur Pflegeinitiative im SBK-Info ab Seite 92 und auf www.sbk-asi.ch

Hier können Erfahrungen in der Gemeindepolitik hilfreich sein, um das politische Handwerk zu lernen, wie Barbara Dätwyler betont: «Ich habe sehr davon profitiert. Du weisst, wie ein Parlament funktioniert, wie du einen Vorstoss machst, es gibt sehr viel Formales, Strukturelles, das man einhalten muss, und Sachen, die man nicht tun sollte usw... – wobei es natürlich auf die Grösse der Gemeinde ankommt.»

Andere Themen einbringen

Die Politik ist von Männern dominiert, und entsprechend werden die Themen gesetzt. Das war für Renate Rutishauser mit ein Grund, sich zu engagieren. «Wo keine Frauen sind, sind auch entsprechende Themen nicht Inhalt von Über-

legungen. Ich sehe im Bündner Parlament, wie die Bereiche Gesundheit und Soziales nie so interessant sind wie die Jagd, die Steuern, das Baugesetz... Wenn mehr Frauen dabei sind, gewinnen unsere Themen an Beachtung.» Darum wollte sie als Vorstandsmitglied der Frauenzentrale nicht nur über mehr Frauen in der Politik reden, sondern mit gutem Beispiel voran gehen. Zwar müssen Frauen mehr liefern als Männer. «Du musst viel besser vorbereitet sein. Deine Dossiers werden auseinandergenommen. Du musst zeigen, dass du das Fachwissen hast», sagt Manuela Kocher. Aber Barbara Dätwyler hat die Erfahrung gemacht: «Wenn das einmal klar ist, wird man als ebenbürtiger Partner behandelt.»